

„Wehrhafte Demokratie“

EIN PLATZ FÜR KURT SCHUMACHER

Mit Beiträgen von Oliver Schael (Friedrich-Ebert-Stiftung), Dr. Katharina Ernst (Stadtarchiv Stuttgart und Dr. Michael Jantzer (SPD-Gemeinderat Stuttgart),

Kurt Schumacher

„ ... EINER DER GRÜNDERVÄTER DER BUNDESREPUBLIK“

Am 20. August 2022 jährte sich der Todestag des langjährigen Stuttgarter Landtags- sowie Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher zum 70. Mal. Zu seinen Ehren hat die SPD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus daher am 18. April 2023 zu der Veranstaltung „Wehrhafte Demokratie gestern und heute - Erinnern an den Stuttgarter Abgeordneten Kurt Schumacher“ ins Stuttgarter Rathaus eingeladen. Mit der vorliegenden Broschüre werden nun die beiden wissenschaftlichen Beiträge von Oliver Schael, Referent im Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stuttgart, und Frau Dr. Katharina Ernst, Direktorin des Stuttgarter Stadtarchivs, veröffentlicht.

Ausgangspunkt und Ideengeber für die Veranstaltung und Broschüre war ein digitaler Beitrag des Stuttgarter Stadtarchivs zum 70. Todestag von Kurt Schumacher. Daraus wurde deutlich, dass der SPD-Abgeordnete schon in seinen jungen Jahren als Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Württemberg großen politischen Einfluss hatte und sich insbesondere für eine wehrhafte Demokratie in der Weimarer Republik einsetzte. Folgerichtig wurde er als einer der ersten Sozialdemokraten bereits im Sommer 1933 in ein Konzentrationslager verbracht, mit schweren Folgen für seine Gesundheit.

In unserer Stadt selbst ist sein Wirken kaum bekannt. In der Stuttgarter Erinnerungskultur spielt Kurt Schumacher leider eine eher untergeordnete

Rolle. Es gibt eine Straße im Stuttgarter Außenbezirk, dem Fasanenhof, die jedoch bis heute keine Erwähnung in Wikipedia gefunden hat. Dort werden 17 Ehrungen und Benennungen in Ehren von Kurt Schumacher genannt, Stuttgart ist nicht dabei.

Wir haben daher als SPD-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat beantragt, einen zentralen Ort in unserer Stadt nach Kurt Schumacher zu benennen und mit einer Ausstellung und Veranstaltungsreihe an sein Leben und Wirken während der Weimarer Republik zu erinnern. Für uns ist es eine immerwährende Aufgabe, sich mit dem Erstarken des Nationalsozialismus in dieser Zeit auseinanderzusetzen, um daraus auch für die Zukunft zu lernen. Das Erstarken rechtsnationaler Bewegungen und Parteien in Europa sollte hierzu Anlass und Grund genug sein.

Eine besondere Würdigung der Haltung und des Wirkens von Kurt Schumacher wäre ein sichtbares Stuttgarter Ausrufezeichen für eine starke Demokratiebewegung in Deutschland und eine Aufforderung, sich auch heute nachhaltig und mit voller Kraft für unsere Demokratie einzusetzen.

Dr. Michael Jantzer

Stadtrat der SPD im Stuttgarter Gemeinderat und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien

„Der Verlauf der Kundgebungen, die gestern wie in Stuttgart, so im ganzen Reich stattfanden, hat mit erfreulicher Klarheit uns gezeigt: daß die deutsche Arbeiterschaft, trotz aller Verschiedenheit in den politischen Auffassungen und Zielen, trotz aller noch immer vorhandenen organisatorischen Trennung, einig ist in dem Entschlusse, die Errungenschaften der Revolution, vor allem die republikanische und demokratische Staatsform, gegen jeden Angriff zu verteidigen und jeden Versuch einer Wiederherstellung des monarchistischen Obrigkeitsstaats mit allen Mitteln abzuwehren.“



Auch in Stuttgart kam es am 9. November 1918 zum Ende der Monarchie. (1 Stadtarchiv Stuttgart 9450 Postkartensammlung C 7/1, Urheber unbekannt)

So schrieb die sozialdemokratische Schwäbische Tagwacht am 1. September 1921 nach dem Mord an Matthias Erzberger durch rechtsradikale, revisionistische Freikorps-Mitglieder. Vielleicht hat Kurt Schumacher diesen Artikel geschrieben. Er war ab 1920 für die

Eine wesentliche Aufgabe eines politischen Redakteurs sah Schumacher in der Bildungsarbeit. Nur ein mündiges Volk konnte seiner Auffassung nach die Demokratie schützen und weiterentwickeln.

Zeitschrift als Redakteur tätig, die Artikel der Schwäbischen Tagwacht sind aber häufig nicht namentlich gezeichnet. Der Begriff „Wehrhafte Demokratie“ wird in den zitierten Zeilen zwar nicht verwendet, wie notwendig es war, die Demokratie zu verteidigen, wird aus ihnen jedoch deutlich.

Kurt Schumacher ist allgemein bekannt als Parteivorsitzender der SPD von 1946 bis 1952 und als Oppositionsführer im Bundestag von 1949 bis 1952. Dass er seine politische Karriere in Stuttgart begann, dass diese dort einen rasanten Aufstieg nahm, das ist weit weniger bekannt.

Um Schumachers Wirken in Stuttgart während der Weimarer Republik einordnen zu können, ist es notwendig, diese Zeit kurz darstellen. Im Herbst 1918 war der Erste Weltkrieg für das Deutsche Kaiserreich verloren. Zu einem Zeitpunkt, als sich die Reichsleitung bereits um Frieden bemühte und die deutsche Niederlage feststand, wollte die Militärführung die deutsche Hochseeflotte in eine weitere Schlacht schicken. Es kam zur Meuterei, dem sogenannten Kieler Matrosenaufstand, der sich innerhalb weniger Tage auf das Reich ausweitete. Am 9. November wurde die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. verkündet und die Republik ausgerufen.

Die Weimarer Republik startete mit schweren Hypotheken. Die alten Eliten überließen es der neuen republikanischen Regierung, die militärische Niederlage

einzugestehen und den Frieden von Versailles zu unterzeichnen. Sie wollten so ihre Verantwortung für die Niederlage abwälzen und zugleich die neue parlamentarische Regierung schwächen. Mit der „Dolchstoßlegende“ setzten sie eine Verschwörungstheorie und Geschichtsfälschung in die Welt, die sehr erfolgreich war. Die Verantwortung für die militärische Niederlage wurde vor allem der Sozialdemokratie, anderen Demokraten und Juden zugeschoben.



Notgeld vom Oktober 1923, als die Inflation fast auf ihrem Höhepunkt war. (Stadtarchiv Stuttgart 9890 N 71)

Die ersten Jahre der Republik waren schwere Krisenjahre. Schulden aus der Kriegszeit sowie die Bedingungen des Versailler Vertrags führten zu einer Hyperinflation im Jahr 1923. Die Reichsdruckerei kam mit dem Geld-Drucken nicht hinterher, deswegen haben viele Städte und Firmen eigene Notgeldscheine als Ersatzgeld herausgegeben.

Es gab mehrere Anläufe zur gewaltsamen Beendigung der Republik sowohl von extremer rechter wie von extremer linker Seite. Aufgrund der Entwicklungen in Russland – Revolution, Bürgerkrieg, Entwicklung zur Einparteiendiktatur – schätzte die Regierung die Gefahr von Seiten der extremen Linken für sehr hoch ein. Zur Niederschlagung des Spartakusaufstands Anfang 1919 setzte die Regierung daher auch Freikorps ein, die sehr gewalttätig vorgingen.

Die Gefahr von rechts schätzte die Regierung nicht geringer ein. Nur konnte sie hier nicht auf das Militär zählen. Im Gegenteil: Der Kapp-Putsch im Jahr 1920 wurde wesentlich von Militärs geführt. Die Regierung befahl der Reichswehr, das Regierungsviertel zu verteidigen. Die Reichswehr befolgte diesen Befehl aber nicht. Die Regierung floh aus Berlin, und zwar nach Stuttgart. Der Kapp-Putsch scheiterte trotz der Weigerung der Reichswehr, und zwar vor allem aufgrund eines flächendeckenden Generalstreiks, der das ganze Land lahmlegte.

Politische Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik waren durch eine hohe Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Das war neu, in den Jahren des Kaiserreichs war Gewalttätigkeit bei der Austragung politischer Gegensätze in der deutschen Innenpolitik nicht verbreitet gewesen. Die Gewalterfahrungen des Ersten Weltkriegs und das Vorhandensein einer großen Menge an Waffen seit dem Krieg spielten hier sicher eine wesentliche Rolle.

Eine wirtschaftliche Stabilisierung trat 1924 ein aufgrund einer Währungsreform und einer Neuregelung der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen. Was heute oft als „die goldenen 20er“ bezeichnet wird, begann 1924 und dauerte bis zur Weltwirtschaftskrise 1929. Die Weltwirtschaftskrise führte dazu, dass die letzten Jahre der Weimarer Republik geprägt waren durch eine schwere Rezession, durch Firmenzusammenbrüche, Bankenschließungen, Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung.

Politisch waren die Jahre 1929 – 1933 durch einen zunehmend handlungsunfähigen Reichstag geprägt. Die Reichskanzler hatten eine immer kürzere Halbwertszeit, es gab Neuwahlen in immer kürzeren Abständen, die Regierungen regierten zunehmend mit Notverordnungen, die – durchaus verfassungskonform – ohne das Parlament beschlossen werden konnten.

Wie sah Stuttgart 1920 aus, als Schumacher dorthin kam? Es hatte knapp 310.000 Einwohner, das Ergebnis eines starken Bevölkerungswachstums. Stuttgart war in erster Linie eine Industriestadt. Die geschilderten großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ersten Jahre der Weimarer Republik trafen auch Stuttgart. Eines der größten Probleme war die Wohnungsnot. Viele Haushalte waren auf Unterstützung durch die Stadt angewiesen.

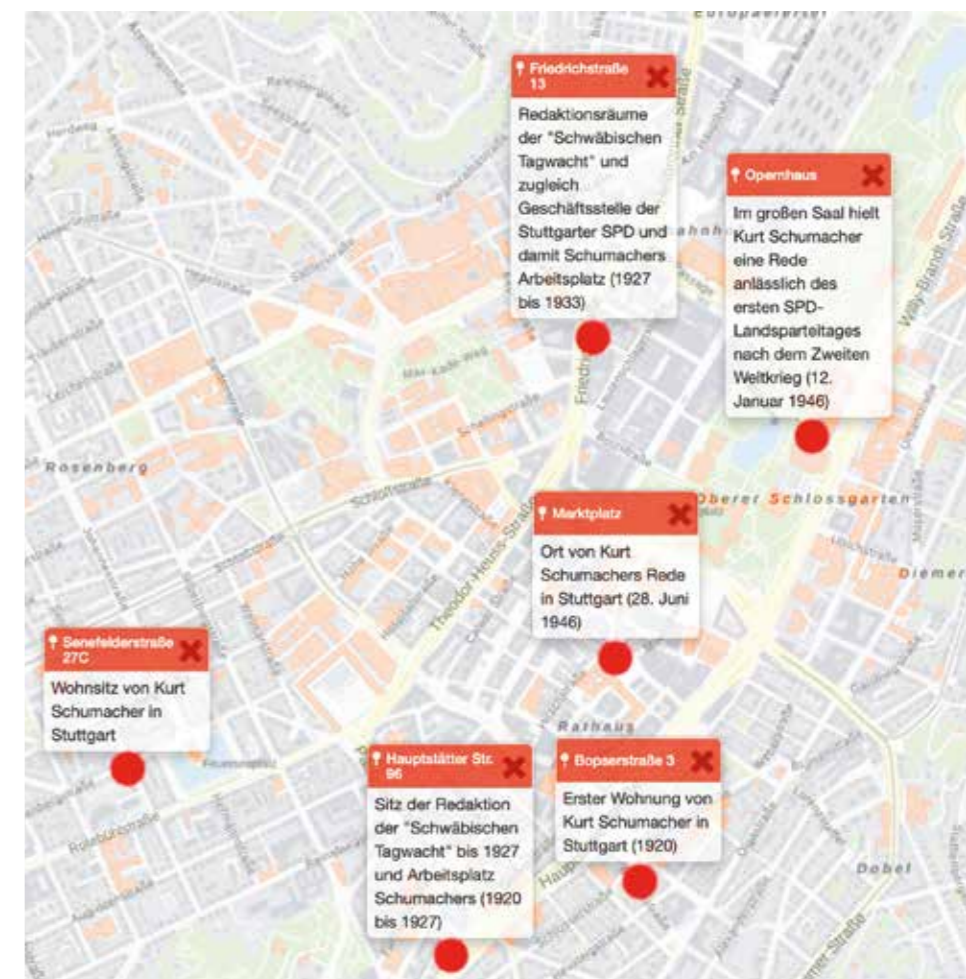
Bei der „Schwäbischen Tagwacht“, wo Schumacher 1920 als Redakteur anfang, handelte es sich um die

wichtigste Publikation der württembergischen Sozialdemokratie. Chefredakteur war Wilhelm Keil, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag und Reichstagsabgeordneter für die SPD. Keil suchte je-

Schumachers Wohn- und Arbeitsstellen in Stuttgart. (Netzwerk aus dem Artikel zu Kurt Schumacher im Digitalen Stadtlexikon Stuttgart)

manden für die Redaktion der Tagwacht, der ihm „die Arbeit zuvorkommend u. hilfsbereit aus der Hand“ nehme und „sich selbst zum zunächst loyal unsichtbaren Beherrscher meines gesamten Arbeitsgebiets“ mache (Zitat von Keil). So einen Mitarbeiter fand er in Schumacher nicht: Illoyal war dieser keinesfalls, aber er hatte durchaus nicht vor, sich unsichtbar zu machen. Er hatte einen ausgeprägten Gestaltungswillen und einen ganz eigenen, prägnanten Stil.

Schumacher beschäftigte sich als Redakteur der Schwäbischen Tagwacht mit einem breiten Spektrum



an Themen. Während seiner ersten Jahre redigierte er eine neue wirtschaftspolitische Beilage der Zeitung mit dem Titel ‚Aus dem Wirtschaftsleben‘ und schrieb viele Leitartikel mit kräftigen Polemiken. Neben der Außenpolitik widmete er sich speziell dem Verhältnis

von ‚Politik und Armee‘. In der SPD war Antimilitarismus weit verbreitet. Schumacher war hingegen nicht pazifistisch eingestellt, er war ein militanter Demokrat. Der Begriff „Staatsbürger in Uniform“ stammt aus späterer Zeit, Schumacher hätte diesen aber seinem Geist nach auch gebrauchen können.

Eine wesentliche Aufgabe eines politischen Redakteurs sah Schumacher in der Bildungsarbeit. Nur ein mündiges Volk konnte seiner Auffassung nach die Demokratie schützen und weiterentwickeln. Auch parteiintern engagierte Schumacher sich in der Bildungsarbeit und organisierte Schulungsveranstaltungen und Rhetorikkurse für jüngere Parteimitglieder.

„... rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“

Schumachers Sicht auf die damaligen Kommunisten

Schumacher grenzte sich scharf sowohl nach rechts wie nach links ab. Er sah sowohl bei den Kommunisten als auch bei den Nationalsozialisten den Willen, die Republik zu untergraben. Bekannt ist seine Charakterisierung der Kommunisten als „rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“. Über die Nationalsozialisten publizierte Schumacher schon im Frühjahr und Sommer 1923

zwei umfangreiche Artikelserien. Er konstatierte in diesen Artikeln, die Entstehung der NSDAP sei eine Folge der krisenhaften Nachkriegszeit. Die NSDAP habe kein Programm, sie löse keine einzige politische Frage. Um diese Leerstellen zu überdecken, hätten die Nationalsozialisten alles mit ‚antisemitischem Dunst umnebelt‘. Die verschiedenen Anhängerschichten würden durch das ‚rein negative Band des Judenhasses‘ zusammengehalten. Schumacher folgerte: „Gäbe es in Deutschland keinen Antisemitismus, diese Kreise müssten ihn aus Selbsterhaltungstrieb erfinden.“

Die Gefahr durch den Nationalsozialismus hat Schumacher also früh gesehen. Er hat die Notwendigkeit, die Republik zu verteidigen, von Anfang an betont. Ende Juli 1923 zog Schumacher praktische Konsequenzen aus seinen Forderungen, man müsse den Kampf gegen den Nationalsozialismus notfalls auch militant führen, und gründete mit einigen führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern die Vereinigung „Schwabenland“.

Im Organisationsstatut war als Ziel die körperliche Ertüchtigung und die staatsbürgerliche Erziehung ihrer Mitglieder festgeschrieben. Schumacher stand von Anfang an ein kleiner, aber effektiver Kreis von Mitgliedern zur Verfügung, mit dem er eine Art ‚Nachrichtendienst‘ aufbaute. Schumacher konnte so nachweisen, dass es Verbindungen zwischen völkischen Kreisen und den Deutschna-

tionalen gab. Aus dem ‚Schwabenland‘ rekrutierte Schumacher auch bald den Saalschutz für seine Versammlungen.

1924 integrierte sich das ‚Schwabenland‘ in die neugegründete reichsweite Organisation ‚Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‘, die ebenfalls die Verteidigung der Republik gegen ihre Feinde zum Ziel hatte. Schumacher wurde Vorsitzender des Stuttgarter Reichsbanners. Der Name „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war ein Bekenntnis zur Republik, denn die Farben der Weimarer Republik waren Schwarz-Rot-Gold. Das Kaiserreich hatte hingegen die Farben Schwarz-Weiß-Rot, und diese Farben wurden in der Weimarer Zeit von den Gegnern der Republik weiter verwendet.

Schumacher machte in der SPD rasch Karriere. Gemäß dem Organisationsstatut der SPD gehörten die Parteiredakteure dem erweiterten Landesvorstand an. D.h. Schumacher gehörte schon qua beruflicher Funktion der Führungsgruppe der SPD an. Der Stuttgarter Ortsverein war der mit weitem Abstand größte Ortsverein der Landespartei, in ihm waren zu dieser Zeit zwischen 20 und 25% der gesamten württembergischen Sozialdemokraten organisiert.

Schumachers Redetalent hatte einen großen Anteil an seinem schnellen Aufstieg. Er wurde in kurzer Zeit einer der gesuchtesten Redner für parteiinter-



SPD-Wahlplakat mit den drei Pfeilen der „Eisernen Front“ zur Reichstagswahl am 6. Nov. 1932 (Landesarchiv Baden-Württemberg, Plakatsammlung Karl Fritz. CC BY 4.0, via Wikimedia Commons)

ne und öffentliche Versammlungen. Wo immer er auftrat, zog er ein großes Publikum an.

Schon im August 1921, in seinem zweiten Stuttgarter Jahr, nominierte der Stuttgarter Ortsverein der SPD Schumacher als Delegierten zum Görlitzer Parteitag, auf dem ein Parteiprogramm diskutiert und verabschiedet wurde. 1924 zog er als Abgeordneter in den württembergischen Landtag ein. Die SPD befand sich in der Opposition gegen eine Regierung aus Deutschnationalen, katholischem Zentrum und dem Bauernbund. Schumacher war im Landtag bald Hauptsprecher der SPD-Fraktion auf vielen Gebieten, vor allem

„Der NSDAP ist zum ersten Mal die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen.“

der Justiz- und Sozialpolitik, in Haushaltsfragen und dem Verhältnis des Reichs und der Länder.

Die großen Stimmengewinne der SPD in Stuttgart bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1928 - der Stimmenanteil der SPD in Stuttgart stieg von 18,2 auf 31 % - konnte Schumacher als seinen Erfolg verbuchen. Schumacher hatte nicht nur für den Landtag, sondern auch für den Reichstag kandidiert, hier scheiterte er an nur 2.637 fehlenden Stimmen.

Da die SPD stärkste Fraktion in Württemberg geworden war, erwartete sie eine Beteiligung an der Regierung und wurde schwer enttäuscht, als das Zentrum sich dafür entschied, die alte Koalition fortzusetzen.

Am 3. Juli 1930 wurde Schumacher Erster Vorsitzender des SPD-Ortsvereins. Ebenfalls im Juli 1930 wurde der Reichstag vom Reichspräsidenten aufgelöst, es gab Neuwahlen. Schumacher kandidierte diesmal auf einem als sicher geltenden vierten Listenplatz. Der SPD gelang es, 5 Mandate zu erzielen. Es war aber auch die Wahl, bei der die Nationalsozialisten die Zahl ihrer Reichstagsmandate reichsweit von 12 auf 107 steigern konnten. In Württemberg lagen sie – noch – deutlich hinter der SPD (9,4 gegen 20,1 %).

Als Reichstagsabgeordneter verließ Schumacher die Redaktion der Schwäbischen Tagwacht, um sich ganz auf die Tätigkeit im Reichstag zu konzentrieren. Er arbeitete dort mit anderen jungen Parlamentariern zusammen, die in der Literatur als „militante Sozialdemokraten“ bezeichnet werden. Diese wollten in der Auseinandersetzung mit Nationalsozialisten und Kommunisten nicht nur auf inhaltliche Argumente setzen, sondern auch auf die Demonstration von Wehrhaftigkeit durch Massenaufmärsche. Hierzu schloss sich das Reichsbanner Ende 1931 mit der SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportvereinen zur ‚Eisernen Front‘ zusammen, gegen die vom deutschnationalen ‚Stahlhelm‘ und der SA gebildete ‚Harzburger Front‘. Das Symbol der ‚Eisernen Front‘ waren

drei Pfeile. In Stuttgart organisierte Schumacher mit der ‚Eisernen Front‘ Massenaufmärsche während des Reichstagswahlkampfes im Juli 1932.

Bekannt geworden ist Schumachers Urteil, das er am 23. Februar 1932 im Reichstag über die Nationalsozialisten abgab: Ihre Agitation sei ein „dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“, und der NSDAP sei zum ersten Mal „die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen“.

Schon im November 1932 wurde wieder an die Wahlurnen gerufen. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Die nächste und dann für viele Jahre letzte demokratische Wahl war am 5. März 1933. Nach dieser Wahl begann die Zeit der offenen Gewalt gegenüber den Sozialdemokraten. Schumacher hatte seit 1923 immer vor der nationalsozialistischen Gewalt gewarnt. Ihr tatsächliches Ausmaß hatte auch er bis dahin nicht für möglich gehalten.

Am 20. März verabschiedete der Reichstag das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Es war nicht das erste Ermächtigungsgesetz der Weimarer Republik. Es hatte bereits mehrere gegeben, die zum Ziel hatten, die Republik handlungsfähig zu halten. Dieses Ermächtigungsgesetz hatte zum Ziel, die Republik abzuschaffen. Die einzige Fraktion, die dagegen stimmte, waren

die Sozialdemokraten (die kommunistische KPD war zu dieser Zeit bereits verboten). Schumacher hatte an der Formulierung der Rede mitgewirkt, die im Reichstag gehalten wurde. Er bot auch an, diese Rede zu halten. Gehalten wurde sie vom Parteivorsitzenden Otto Wels, er sagte die bekannten Worte „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Otto Wels und viele andere gingen ins Exil. Schumacher jedoch lehnte es ab, ins Ausland zu gehen. Er wurde am 6. Juli von der Gestapo in Berlin aufgespürt und verhaftet. Die württembergischen Nationalsozialisten

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

wollten ihn vor Ort haben, um persönlich an ihm Rache zu nehmen. Auf ihren Wunsch hin wurde er in das Konzentrationslager Heuberg gebracht. In den nächsten zehn Jahren war Schumacher in den Konzentrationslagern Heuberg, Oberer Kuhberg bei Ulm und Dachau inhaftiert.

Für Schumachers Wirken in seiner Stuttgarter Zeit war die Verteidigung der demokratischen Republik immer handlungsleitend. Er kämpfte ununterbrochen dafür, die Demokratie und die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen. Für seine Überzeugungen hat er einen hohen Preis bezahlt, aber er hat sich nicht brechen lassen.

Kurt Schumachers Lebens- und Leidensweg vor 1945

Kurt Schumachers Lebens- und Leidensweg vor 1945

Am 13. Oktober 1895 wurde Kurt Schumacher in der Kleinstadt Culm, dem heutigen Chełmno, in Westpreußen geboren. Er wuchs in gut bürgerlichen Verhältnissen auf. Sein Vater war



Kaufmann und gehörte zu den Honoratioren der Stadt. Die Familie hatte mithin nur wenig Kontakt zum Arbeitermilieu, das die Sozialdemokratie zu dieser Zeit noch überwiegend prägte.

Als Volksschüler in Culm (Chełmno)/ Westpreußen (Archiv der sozialen Demokratie, AdsD, 6/FOTA008941, Rechte: AdsD)

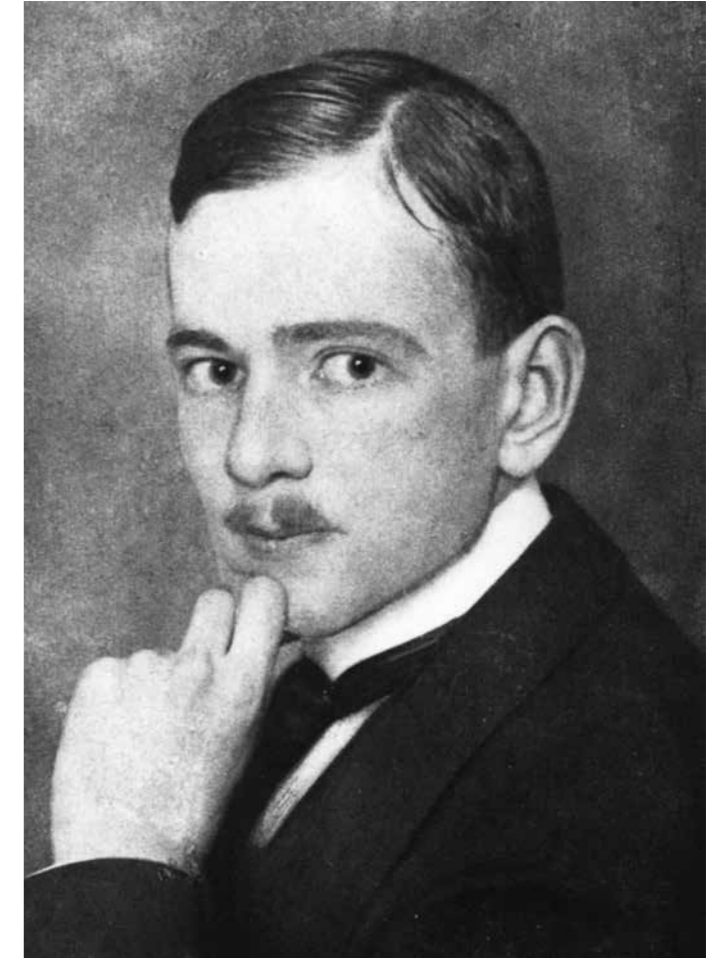
Der junge Kurt Schumacher besuchte das Gymnasium und interessierte sich bereits früh für die Politik. Kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte er ein sogenanntes Notabitur und meldete sich kurz danach freiwillig zum Dienst an der Waffe. Bereits im Dezember desselben Jahres wurde er an der Front so schwer verwundet, dass sein rechter Arm amputiert werden musste.

Wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, galt Schumacher nach der Verwundung als nicht mehr „kriegsverwendungsfähig“. Nach der Entlassung aus der Armee begann er im Herbst 1915 ein Studium der Rechtswissenschaften und der Nationalökonomie, das er in Leipzig und Berlin fortsetzte.



Im Lazarett, 1915 (AdsD, 6/FOTA091121, Rechteinhaber nicht ermittelbar)

Anfang 1918 wurde er schließlich Mitglied der SPD. Er legte in Berlin das erste juristische Staatsexamen ab und wurde 1920 mit einer Arbeit zum Thema „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ promoviert. Anfang Dezember 1920 zog er nach Stuttgart, um dort die Stelle eines Redakteurs bei der „Schwäbischen Tagwacht“, einer sozial-



Als Student in Halle, 1915 (AdsD, 6/FOTA008943, Rechte: AdsD)



Als Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Stuttgart, 1925 (AdsD, 6/FOTB003652, Rechteinhaber nicht ermittelbar)

demokratischen Zeitung, anzutreten. Auch in der praktischen (Partei-)Politik engagierte er sich: 1924 wurde er in den Württembergischen Landtag gewählt, dem er bis 1931 angehörte. Im selben Jahr übernahm er auch den Vorsitz

des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ in Stuttgart – jenes paramilitärischen Wehrverbandes zum Schutz der Republik, der überparteilich ausgerichtet war, aber von der Sozialdemokratie dominiert wurde.



Als Mitglied des Reichstags, Mai 1930 (AdsD, 6/FOTA046603, Rechte: AdsD)

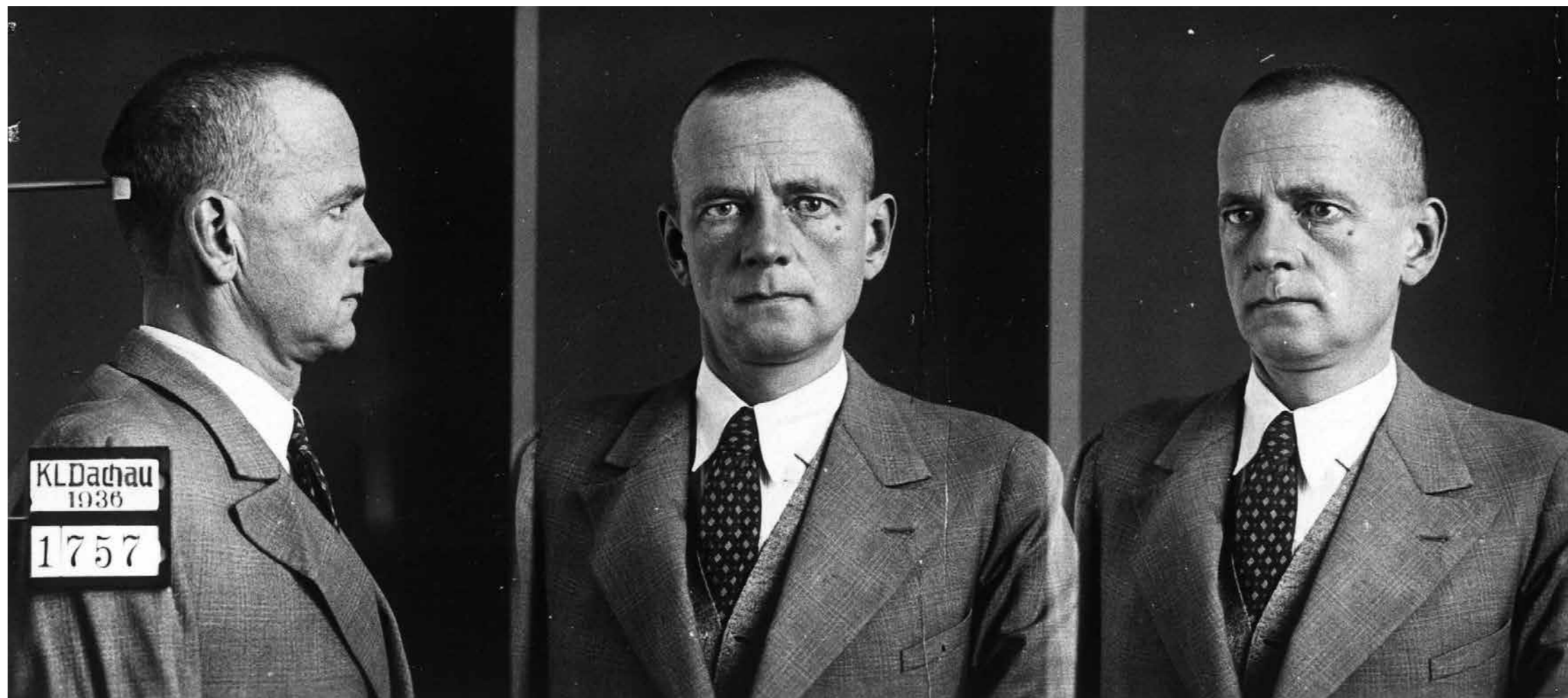
Im Jahr 1930 folgte zunächst die Wahl zum Vorsitzenden der Stuttgarter SPD und schließlich diejenige in den Deutschen Reichstag – er zählte zu den jüngsten Mitgliedern seiner Fraktion. Früh engagierte sich Schumacher gegen die Nationalsozialisten. Er war in dieser Hinsicht sogar noch aktiv, als Ende Januar 1933 die Macht in Deutschland an die Hitler-Bewegung übergeben worden war.

Kundgebung der Eisernen Front – wie das Reichsbanner nach einer Vereinigung mit anderen Organisationen jetzt hieß – in der Stadthalle Stuttgart, Feb. 1933. Der Redner ist vermutlich Kurt Schumacher (AdsD, 6/FOTB003590, Rechteinhaber nicht ermittelbar)



Für dieses Engagement musste er schwer büßen. Im Juli 1933 wurde er in Berlin verhaftet. Die nächsten zehn Lebensjahre musste er in verschiedenen Konzentrationslagern verbringen – zunächst im württembergischen KZ Heu-berg, dann im KZ Oberer Kuhberg in Ulm und

schließlich, die mit Abstand längste Zeit, im KZ Dachau, die nur von einer kurzen Phase im KZ Flossenbürg unterbrochen wurde. Während dieser Zeit wird er mehrfach schwer misshandelt. Im März 1943 wurde er schließlich entlassen. Als Aufenthaltsort wies man ihm Hannover



zu, wo eine Schwester von ihm lebte. Die Stadt schien den Machhabern weit genug entfernt von seiner alten Wirkungsstätte in Süddeutschland zu liegen. Die Wiederaufnahme seiner alten politischen Kontakte sollte so verhindert werden. Nach dem Attentat auf Hitler vom

20. Juli 1944 wurde er noch einmal inhaftiert. Dieses Mal brachte man ihn in das KZ Neuen-gamme. Später wurde er wieder entlassen, weil ihm keine unmittelbare Beteiligung an den Um-sturzplänen nachgewiesen werden konnte.

Erkennungsfotos im KZ-Dachau, 1936 (AdsD, 6/
FOTA008945, Rechte: AdsD

Kurt Schumachers „Charisma des Leids“ nach 1945

Kurt Schumacher gehörte ohne Zweifel zu den überragenden politischen Führungspersönlichkeiten der westdeutschen Demokratie. Seine Bedeutung ist kaum zu überschätzen: Sowohl für die Wiederentstehung der Demokratie als auch für den Wiederaufbau der SPD. Seit dem Parteigründer Ferdinand Lassalle verfügte wahrscheinlich kein SPD-Vorsitzender über eine vergleichbare Autorität innerhalb der Sozialdemokratie. Im Mai 1946 wurde er fast einstimmig zum ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD gewählt. Er behielt dieses Amt bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1952. Kurt Schumacher sorgte entscheidend für die (Re-)Etablierung der SPD als eine eigenständige politische Kraft. Er wehrte sich vehement gegen alle Versuche, eine sozialistische Einheitspartei unter Einschluss der Kommunisten auch im Westen Deutschlands zu gründen, um so die vielfach beklagte Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. An seiner grundsätzlichen Ablehnung der kommunistischen Bewegung, die er bereits zu Zeiten der Weimarer Republik geäußert hatte, hielt Schumacher nach 1945 entschlossen fest.

Warum konnte Kurt Schumacher überhaupt eine solche bedeutende Position nach 1945 erlangen – in den nur sieben Jahren, die ihm bis zu seinem Lebensende verblieben? Denn eigentlich war er ein sozialdemokratischer

Außenseiter. Er kam aus einer bürgerlichen Familie und hatte ein akademisches Studium absolviert – vor der großen Bildungsexpansion in den 1960er- und 1970er-Jahren war dies in der Sozialdemokratie noch recht ungewöhnlich. Zudem war er zwar während der Weimarer Republik innerhalb der Parteihierarchie bereits aufgestiegen, gehörte aber noch nicht zum Spitzenpersonal der Sozialdemokratie.

In der Beantwortung dieser Frage spielen generationelle Aspekte eine wichtige Rolle. Trotz des Widerstands der SPD gegen die Nationalsozialisten galt die alte Führungsschicht innerhalb der Partei als diskreditiert. Man warf ihr einen mangelnden und unzureichenden Einsatz gegen die NS-Bewegung vor. Die junge Generation hingegen, mithin also die Generation Willy Brandts, galt 1945 als noch zu jung und unerfahren, um bereits die Verantwortung innerhalb der Partei übernehmen zu können. Folglich blieb nur die „Frontkämpfer-Generation“ der im Ersten Weltkrieg gedienten Personen übrig. Hinzu kam die schlichte Tatsache, dass Schumacher den Nationalsozialismus überlebt hatte. Andere Angehörigen seiner Altersklasse hatten Krieg, Haft und Widerstand mit dem Leben bezahlt. Zu nennen wären etwa Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Julius Leber oder Wilhelm Leuschner, die aufgrund ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse sicherlich eine große Konkurrenz



„Charisma des Leids“: Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg, Mai 1946 (AdsD, 6/FOTA005537, Rechte: AdsD). Im Sept. 1948 musste Schumachers linkes Bein aufgrund „arterieller Durchblutungsstörungen“ amputiert werden.

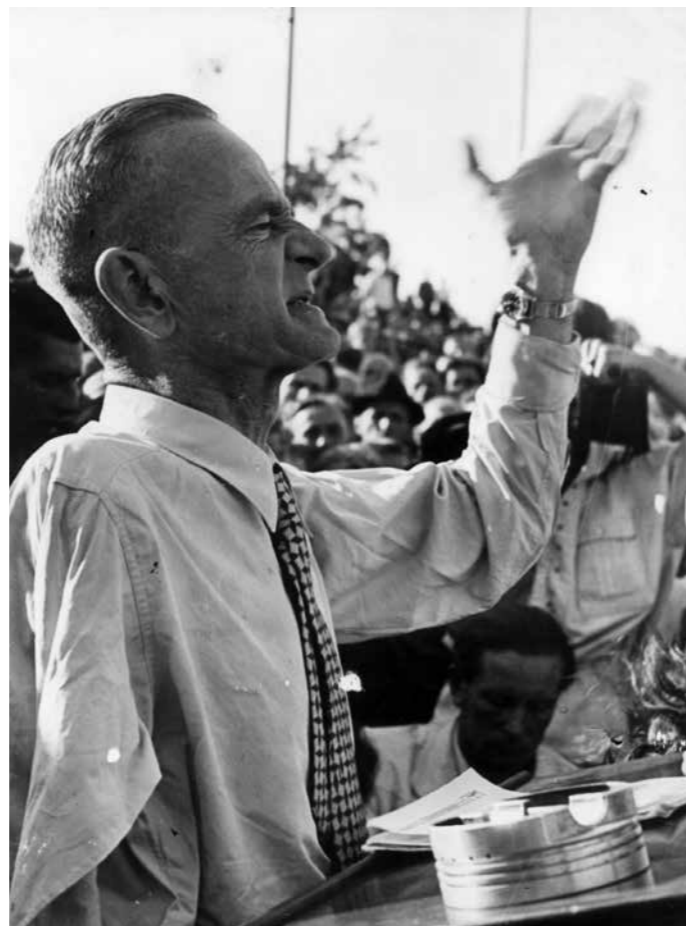
innerhalb der Sozialdemokratie für ihn dargestellt hätten.

Entscheidend für Schumachers herausgehobene Führungsposition war jedoch sein unbestreitbares Charisma – als Person und als öffentlicher Redner. Es war ein „Charisma des Leids“, das



Kundgebung auf dem Marktplatz in Stuttgart, Juni 1946 (AdsD, 6/FOTBoo3836, Rechte: AdsD)

der Sozialdemokrat Carlo Schmid, einer der zentralen Gestalter des Grundgesetzes, als die „Diskrepanz von physischer Schwäche auf der einen Seite und geistige Willenskraft auf der anderen Seite“ beschrieb. In vielen ikonischen Fotos, die sehr häufig in Schul- und Geschichts-



Kundgebung der SPD in Hamburg, Mai 1950 (AdsD, 6/FOTA009029, Rechte: AdsD)

büchern abgedruckt wurden, kommt dieses Phänomen zum Ausdruck: Ein kriegsversehrter und von den Folgen seiner langen Haftzeit gezeichneter, ausgemergelter Mann spricht vor einer Ruinenlandschaft zu einer unübersehbaren Menschenmenge.

Dies machte ihn für viele Menschen in der un-mittelbaren Nachkriegszeit zu einer Identifikationsfigur. Aufgrund seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus verfügte er über große Autorität und Glaubwürdigkeit. Er stand für ein anderes und besseres Deutschland, zu dem man

Zweiter dafür, selbst ausweglos erscheinende Situationen bewältigen und Hindernisse überwinden zu können. Insofern verbreiteten seine Auftritte in dem kriegszerstörten Land auch Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Alles dies konnte Schumacher zudem in

packende Worte und Reden fassen, die die Zeitgenossen in ihren Bann schlugen. Der spätere Bundeskanzler Willy Brandt beschrieb seine erste Begegnung mit Schumacher Anfang 1946 in Offenbach wie folgt:



„Ich begriff, etwas widerstrebend, die magnetische Wirkung, die er auf viele ausübte. Er bat nicht, sondern forderte. Er wog nicht Argumente gegeneinander ab, sondern schleuderte das Ergebnis seines Nachdenkens in den Zuhörerkreis – und dies mit erheblichem Stimm-aufwand.“

sich auch bekennen konnte, selbst wenn man während des „Dritten Reiches“ keinen Widerstand geleistet und im Strom der Masse mitgeschwommen war. Zugleich stand Schumacher, der eine unermesslich lange Zeit des Leidens ungebrochen durchgestanden hatte, wie kein

Kundgebung der SPD in Berlin-Neukölln, Okt. 1946. Die „magnetische“ Wirkung Schumachers: Das Saal war völlig überfüllt. Einige junge Menschen versuchten, die Rede Schumachers durch ein Loch im Dachboden dennoch zu verfolgen (AdsD, 6/FOTBoo8342, Rechte: dpa/ dpd).

Kurt Schumacher und seine Bedeutung für die Entstehung einer wehrhaften Demokratie in Westdeutschland nach 1945

Kurt Schumacher setzte sich vehement für einen starken und durchsetzungsfähigen Staat ein. In dieser Hinsicht stand er durchaus in einer langen staatsrechtlichen Tradition in Deutschland – zu nennen wäre hier vor allem der Stuttgarter Georg Wilhelm Friedrich Hegel –, die er jedoch konsequent demokratisch-sozialistisch interpretierte. Das Individuum und der Staat sind in dieser Sichtweise keine Gegensätze, sondern bedingen sich. Die Freiheit des Einzelnen verwirklicht sich erst, wenn dieser ein Bürger eines Staates ist, der ihm seine Freiheit durch Gesetze und Institutionen (z. B. Schulen/Bildung) erst ermöglicht. Die Wehrfähigkeit eines demokratisch verfassten Staates hat insofern immer zwei Seiten: Sowohl der Staat und seine Institutionen als auch die einzelnen Menschen sind dazu aufgerufen, die Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Widerstand Schumachers zu verstehen, den er allen Versuchen entgegenbrachte, den Ländern innerhalb der entstehenden Bundesrepublik eine allzu starke Stellung einzuräumen. So hatten die westlichen Siegermächte im Jahr 1949 Einspruch gegen den Entwurf des Grundgesetzes eingelegt, den der Parlamentarische Rat ausgearbeitet hatte, da ihnen dieser noch als viel zu „zentralistisch“ erschien. Schumacher stellte sich mit seiner gesamten Autorität gegen diesen

Einspruch und drohte bei einer Abänderung des Textentwurfs mit der geschlossenen Ablehnung des Grundgesetzes durch die Sozialdemokratie. Die Siegermächte gaben daraufhin ihren Widerstand auf, um einen breiten politischen Rückhalt für den neuen Staat nicht zu gefährden. Das Grundgesetz konnte damit praktisch unverändert im Mai 1949 in Kraft treten. Dieses Einschreiten Schumachers gilt gemeinhin als einer seiner größten politischen Erfolge.

Schumachers Einsatz für einen handlungsbereiten und -fähigen Staat, der sich gegen seine Feinde verteidigen kann, zeigte sich insbesondere auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und der Polizei – Themen, für die sich Schumacher besonders interessierte und die er für sehr wichtig hielt. Der Hamburger Polizeihistoriker Frank Liebert hat in diesem Zusammenhang auf einen Fall hingewiesen, der in der historischen Forschung zuvor kaum Beachtung gefunden hatte und hinsichtlich seiner längerfristigen Folgen wenig untersucht worden ist. Kurt Schumacher hatte im Frühjahr 1946 in Hannover zufällig ein Gespräch zwischen Polizeibeamten mitgehört, die zu seinem Schutz abgestellt worden waren. Die genauen Inhalte des Gesprächs sind nicht bekannt. Schumacher schloss jedoch aus dieser Unterhaltung, dass die Beamten durch ihre Tätigkeiten während des Nationalsozialismus erheblich belastet sein müssen, obwohl die

Entnazifizierungsverfahren der hannoverschen Polizei zu diesem Zeitpunkt als abgeschlossen galten. Schumacher setzte im Folgenden eine erneute Überprüfung der Beamten durch, die seinen Verdacht bestätigte. Der Chef der hannoverschen Polizei musste daraufhin seinen Posten räumen. Und nicht nur dies: Die britische Besatzungsmacht erließ in der Folge



Besprechung mit Konrad Adenauer und Carlo Schmid, Sept. 1949 (AdsD, FOTA002619, Rechte: dpa)

weitere Bestimmungen, die zu einer erneuten politischen Überprüfung der gesamten Polizei in ihrer Besatzungszone führten. Viele Polizeibeamte wurden dadurch aus dem Dienst entlassen. Dieser Vorgang zeigt nicht nur die Autorität und das Ansehen, das Schumacher auch

bei den Siegermächten genoss. Er verdeutlicht auch Schumachers strikte Überzeugung, dass insbesondere bei den Sicherheitsbehörden, die den Staat schützen und verteidigen sollen, keine Zweifel hinsichtlich ihrer Loyalität zur Demokratie bestehen dürfen – auch dies eine wichtige Lehre aus den Erfahrungen der Weimarer Republik.

Schumachers zentrale Rolle bei der Etablierung einer widerstandsfähigen Demokratie in Westdeutschland zeigte sich zudem bei einer weiteren politischen Grundsatzentscheidung. Im August 1949 fanden die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt, aus denen die Unionsparteien unter der Führung des späteren Bundeskanzlers Konrad Adenauer als Sieger hervorgingen. Sie lagen jedoch nur sehr knapp vor den zweitplatzierten Sozialdemokraten. Sowohl in der CDU/CSU also auch in der SPD gab es viele Stimmen, die angesichts der vielfältigen Probleme beim Wiederaufbau eine Große Koalition befürworteten. Kurt Schumacher konnte sich aber auch hier wieder innerparteilich durchsetzen und die SPD auf den Gang in die Opposition festlegen. Anders als zur Zeit der Weimarer Republik, als starke Oppositionskräfte von links und rechts das innenpolitische Klima vergifteten, sollte es diesmal eine demokratisch gesinnte Opposition geben, die die Regierung kritisiert und politische Alternativen aufzeigt, aber die parlamentarische Demo-

kratie aus Überzeugung mitträgt. Viele Deutsche lernten dadurch die grundlegenden „Spielregeln“ einer Demokratie kennen, zu denen die legitime und wichtige Rolle einer Opposition gehört.

Kurt Schumacher war nur ein sehr kurzes Wirken im neuen Staat vergönnt. Knapp zweieinhalb Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes starb er im August 1952. An seiner zentralen Rolle in der deutschen Nachkriegspolitik ist gleichwohl nicht zu zweifeln. Ein Urteil, das viele Zeitgenossen uneingeschränkt teilten: So säumten Hunderttausende die Straßen, als Schumachers Sarg von Bonn nach Hannover überführt wurde.

Auch innerhalb der SPD blieb Kurt Schumacher lange Zeit eine Leitfigur und ein „Übervater“ – eine Rolle, die innerhalb der Sozialdemokratie heute vor allem Willy Brandt einnimmt. Etliche sozialdemokratische Parteihäuser, aber auch viele Straßen und Plätze in Deutschland tragen bis heute seinen Namen.

Kurt Schumachers Leben war geprägt von einem unermüdlichen und ungebrochenen Engagement für die Demokratie in Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in der Folge auch als sehr viel widerstandsfähiger gezeigt als die Republik von Weimar. Schumachers Erbe lebt insofern bis heute fort und ist immer noch vorbildhaft.



Überführung des Sargs nach Hannover, Aug. 1952 (AdsD, 6/FOTBoo6387, Rechteinhaber nicht ermittelbar)



Parteitag der SPD in Karlsruhe, Nov. 1964, mit dem Vorsitzenden Willy Brandt, dem Stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Fritz Erler (AdsD, Fotoarchiv Jupp Darchinger, 6/FOTA010839, Rechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung)

